

## 2. Theoretische Grundlagen der Arbeit

### 2.1. Unternehmenskrisen und die mögliche Folge der Insolvenz als Grundproblem der folgenden Betrachtungen

Auf Basis der in der Einleitung kurz dargestellten Problematik der Langfristfertigung soll nun eine Betrachtung von Insolvenzen erfolgen, die das Bindeglied zwischen der Bilanzierung und dem bereits beschriebenen Abstieg der deutschen Schiffbaubranche bildet.

Insgesamt lässt sich eine Unternehmenskrise wie folgt darstellen:

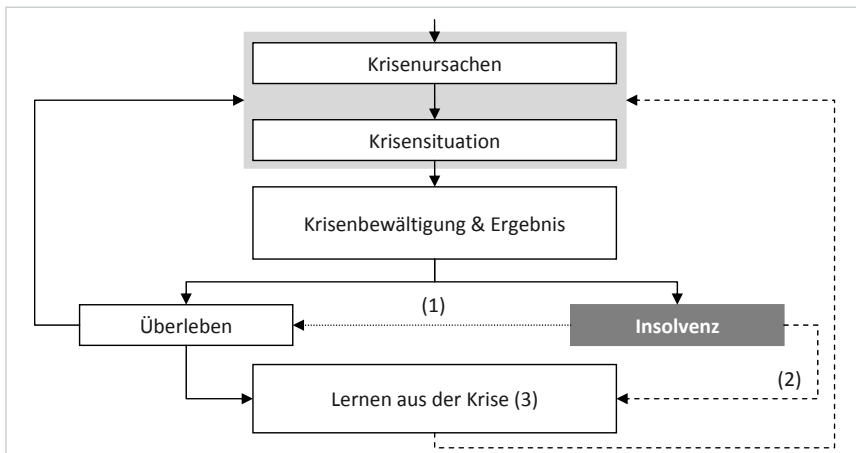


Abbildung 2: Systematisierung eines Krisenprozesses<sup>10</sup>

Nach dieser Abbildung gibt es Krisenursachen, die letztendlich in einer Krisensituation gipfeln oder auch ein Teil dieser Situation sind. Ein nötiges Element ist dann die Erarbeitung einer Strategie zur Bewältigung der Krise. Was daraus für das Unternehmen folgt, ist letztendlich das Überleben oder die Insolvenz. Ein wesentlicher Aspekt, der auch bei einer Insolvenz jedoch nicht außen vor gelassen werden sollte, ist (1) die Fortführung des Unternehmens nach der Insolvenz.<sup>11</sup> Auch sollte

<sup>10</sup> Eigene Darstellung auf Basis der Ausführungen in Krystek/Moldenhauer, 2007, Kapitel A

<sup>11</sup> "Diese Überlegungen sind insbesondere seit Inkrafttreten der neuen Insolvenzordnung in 1999 sinnvoll [...], die eine Fortführung von Unternehmen gleichberechtigt neben der reinen Zerschlagung zur Gläubigerbefriedigung (Fokus alte Konkursordnung) etabliert. Damit entsteht ein Wettbewerb um die effizienteste Verwertungsart und die Insolvenz entwickelt sich unter dem

die (2) Insolvenz für alle Beteiligten zu einem gewissen Teil zu einem Lerneffekt beitragen. Dieses (3) Lernen aus der Krise ist dementsprechend ein wesentlicher Baustein in der Unternehmensführung: Es soll dazu dienen, mögliche zukünftige Krisen entweder zu vermeiden oder, wenn dies nicht möglich ist, aus vorhergehenden Krisen gewonnene Erfahrungen auf die aktuelle Situation anzuwenden und so eine mögliche Verschlimmerung der Situation zu verhindern oder die Krise gänzlich abzuwenden.

Dies scheint bei der Komplexität von Krisenursachen durchaus ein kühnes Ziel zu sein. So sind Ursachen von Krisen auf exo- und endogene Faktoren von verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten zurückzuführen; zudem entwickelt sich eine Unternehmenskrise über mehrere Stufen.<sup>12</sup>

Tatsächlich sind die Insolvenz und die mit ihr verbundenen Merkmale das Ergebnis einer Unternehmenskrise, wie auch in Abbildung 2 zu sehen ist. Ein geeignetes Beispiel für diese These bildet die Ölkrise im Jahr 1973. Im Laufe der nur wenige Wochen dauernden Ölkrise wird das Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Mineralöleinfuhren verabschiedet, das es der Bundesregierung kurzfristig und auch außerhalb von Kriegszeiten erlaubt, Strom, Gas und Öl zu rationieren.<sup>13</sup> Was mit der Erhöhung der Erdölpreise auf über fünf Dollar je Barrel und der kontinuierlichen Drosselung der Produktion für die westlichen Industrienationen beginnt, endet mit der Einsicht der arabischen Staaten, diese Erpressung hätte nichts gebracht.<sup>14</sup>

Mit der Ölkrise und dem darauf folgenden Bewusstsein, sinnvoller mit den vorhandenen Rohstoffen umzugehen, begann die erste große Werftenkrise: Der verringerte Ölverbrauch sorgte dafür, dass Tanker nicht mehr in der Größenordnung wie zuvor benötigt wurden und so auch gerade vom Stapel gelaufene Tanker gar nicht erst in Dienst gestellt, sondern sofort verschrottet wurden.<sup>15</sup> Diese erste Tankerkrise war es, die schleichend dafür sorgte, dass der deutsche Schiffbau in einen Abwärtstrend geriet und Konkurse/Insolvenzen folgten.

---

Fortführungsaspekt zu einer zusätzlichen Restrukturierungsoption." (Krystek/Moldenhauer, 2007, S. 167 f.)

12 Vgl. Krystek/Moldenhauer, 2007, S. 50 f.

13 Vgl. Hohensee, 1998

14 Vgl. Hohensee, 1998

15 vgl. SPIEGEL (Hrsg.), 1975

Anhand dieses Beispiels lässt sich auch der Unterschied zwischen Konjunktur- und Strukturkrise verdeutlichen: Während es sich bei einer Konjunkturkrise um eine schwierige Situation aufgrund "[m]ehr oder weniger regelmäßige[n] Schwankungen aller wichtigen ökonomischen Größen [...]"<sup>16</sup> handelt, stellt sich eine Strukturkrise so dar, "[...] daß die Wirtschaftspolitik im Interesse der Beschäftigungssicherung den Verlierern des Wettbewerbsprozesses mit selektiven Maßnahmen zu Hilfe kommt und damit den langfristig notwendigen Strukturwandel behindert."<sup>17</sup>

Diese makroökonomischen Betrachtungen von Krisen kann man auch auf Unternehmen übertragen. Sie können hierbei als Teil der sogenannten exogenen Einflussfaktoren Unternehmenskrisen mit verursachen. Krystek/Moldenhauer differenzieren dabei jedoch in destruktive und konstruktive Krisen. Konstruktive Krisen bilden die Grundlage für die Veränderung des Systems Unternehmen.<sup>18</sup> Als Ergebnis einer destruktiven Krise können sich Insolvenzen heraus bilden.<sup>19</sup> Sie werden in der Insolvenzordnung über die Tatbestandsmerkmale Zahlungsunfähigkeit, drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung (§ 17 ff. InsO) definiert. Die wesentlichen Merkmale führt die folgende Tabelle auf:

---

16 Gabler Verlag (Hrsg.), o.J.

17 Spahn, 1999, S. 172 Der Strukturwandel soll dabei wie folgt definiert sein: "Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur, d.h. der relativen Gewichte einzelner Sektoren während des Entwicklungsprozesses." (Klodd, o.J.)

18 Vgl. Krystek/Moldenhauer, 2007, S. 52 ff.

19 "Zudem betrifft die Zahl der Insolvenzen auch nur 3-5 % aller Marktaustritte von Unternehmen in Deutschland [...]. Die häufigste Form von Unternehmensschließungen – die allerdings nicht zwingend krisenbedingt sein müssen – stellt dagegen die stille Liquidation dar [...]." (Krystek/Moldenhauer, 2007, S. 40)

	<b>Überschuldung</b>	<b>Zahlungsunfähigkeit</b>	<b>drohende Zahlungsunfähigkeit</b>
Definition	Das Vermögen deckt nicht die Verbindlichkeiten der Gesellschaft	Die Gesellschaft ist nicht in der Lage die fälligen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen	Die Gesellschaft ist voraussichtlich nicht in der Lage, die fälligen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.
Grundlagen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- § 19 InsO</li> <li>- § 252 HGB</li> <li>"Going Concern"</li> <li>- § 92 Abs. 2 AktG</li> <li>Überschuldung</li> <li>- § 64 Abs. 1 GmbHG</li> <li>"Überschuldung"</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- § 17 InsO</li> <li>- § 92 Abs. 2 AktG</li> <li>"Zahlungsunfähigkeit"</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- § 18 InsO</li> </ul>
Nachweis	Überschuldungsstatus	detaillierter Liquiditätsplan	detaillierter Liquiditätsplan
Antragspflicht	Schuldner	Schuldner	-
Antragsoption	Gläubiger	Gläubiger	Schuldner

**Tabelle 1: Übersicht Insolvenzgründe<sup>20</sup>**

Die Zahl von Unternehmen, auf die eines der drei Merkmale in den letzten Jahren zugetroffen hat, ist immer wieder gestiegen. 2011 meldeten laut Statistischem Bundesamt 30.099 Unternehmen Insolvenz an; die höchste Zahl an Insolvenzen verzeichnete das Jahr 2003 mit 39.320 Insolvenzen.<sup>21</sup>

Zwar ging die Zahl der Insolvenzen nach 2003 wieder zurück, erreichte im Jahr 2009 dann jedoch mit 32.687 Insolvenzen einen erneuten Höhepunkt, als u.a. auch die ehemaligen Wadan Yards (heute: Nordic Yards) Insolvenz anmelden mussten, durch die Übernahme eines russischen Investors jedoch gerettet werden konnten.

<sup>20</sup> Entnommen aus: Krystek/Moldenhauer, 2007, S. 174

<sup>21</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Unternehmensinsolvenzen, 2012 sowie: Anhang 3: Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland von 1950 bis 2011

## 2.2. Kontext der internationalen Bilanzierung

### 2.2.1. Deutsches HGB vs. IFRS

#### 2.2.1.1. Rechnungslegungsprinzipien von HGB und IFRS

Zur genaueren Betrachtung des Schwerpunkts der Langfristfertigung ist eine Betrachtung der grundlegenden Prinzipien beider Rechnungslegungssysteme, also des HGB als deutsche Rechtsgrundlage und der IFRS als international anerkannte Standards, notwendig.

Mit HGB und IFRS stehen sich zwei Systeme mit unterschiedlichen Grundgedanken gegenüber. Während das HGB "[...] auf eine Vielzahl von Fällen ausgerichtet ist und somit allgemeingültigen Charakter aufweist."<sup>22</sup>, sind die IFRS durch Sonderregelungen geprägt, die für viele verschiedene Sachverhalte explizite Einzelregelungen bieten.<sup>23</sup> Auf Basis dessen wird das HGB auch als *code law*, die IFRS als *case law* bezeichnet. Die Vor- und Nachteile zeigt die folgende Abbildung kurz auf:

	Code Law	Case Law
Vorteil	Kurze Formulierungen (Generalregelungen)	Ausführlichkeit (Spezialregelungen)
Nachteil	Auslegungsbedürftigkeit	Umfang (Wiederholungen)

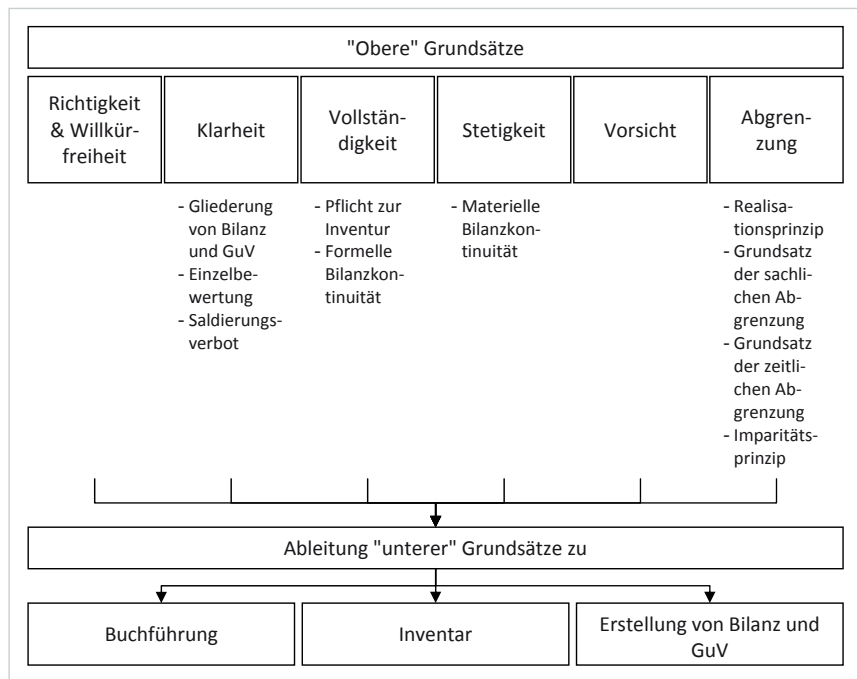
**Abbildung 3: Vergleich von Code Law und Case Law<sup>24</sup>**

Auch in den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unterscheiden sich HGB und IFRS. Die Abbildung 4 zeigt dabei die für das deutsche Handelsrecht wesentlichen GoB auf.

<sup>22</sup> Buchholz, 2003, S. 19

<sup>23</sup> Vgl. Buchholz, 2003, 19

<sup>24</sup> Entnommen aus: Buchholz, 2003, S. 20



**Abbildung 4: Systematisierung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung<sup>25</sup>**

Die für diese Arbeit relevanten Grundsätze sind die der Vorsicht und der Abgrenzung. "Dem Vorsichtsprinzip liegt die Vorstellung des vorsichtigen Kaufmanns zugrunde, der sich vor sich selbst und vor anderen nicht reicher rechnet, als er tatsächlich ist, sondern im Zweifel eher ärmer."<sup>26</sup> Damit bildet das Vorsichtsprinzip die Basis für den Gläubigerschutz "[...] und stellt ein die Bilanzansatz- und Bewertungsregeln des HGB dominant prägendes Prinzip dar."<sup>27</sup> § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB sagt dazu: "Es ist vorsichtig zu bewerten, namentlich sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlußstichtag entstanden sind, zu berücksichtigen, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlußstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekanntgeworden sind; [...]."

<sup>25</sup> Entnommen aus: Coenenberg/Haller/Schultze, 2009, S. 38

<sup>26</sup> Coenenberg/Haller/Schultze, 2009, S. 40

<sup>27</sup> Coenenberg/Haller/Schultze, 2009, S. 40

Der Grundsatz der Abgrenzung in Form des Realisations- und des Imparitätsprinzips bildet den zweiten für diese Arbeit relevanten Grundsatz. Dem Realisationsprinzip nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB als Grundlage dient dabei der Zeitpunkt, in welchem die Lieferung ausgeführt bzw. eine Dienstleistung endgültig abgeschlossen ist.<sup>28</sup>

Das Imparitätsprinzip verlangt, wie der Begriff Imparität (Ungleichheit) bereits andeutet, die ungleiche Behandlung von noch nicht realisierten Gewinnen und Verlusten. Dies geschieht, indem noch nicht realisierte Verluste, bei denen der Eintritt aber wahrscheinlich ist, z.B. durch Drohverlustrückstellungen (§ 249 Abs. 1 Satz 1 HGB) zu berücksichtigen sind, während noch nicht realisierte Erträge erst zu berücksichtigen sind, wenn sie tatsächlich realisiert sind.

Diese Grundsätze bilden die für das HGB notwendige Basis, um den Rechnungslegungszwecken des Einzelabschlusses (Zahlungsbemessung, Rechenschaft und Information) und des Konzernabschlusses (Informationen) sachgerecht nachkommen zu können.<sup>29</sup>

Die Rechnungslegungsgrundsätze nach IFRS gliedern sich in die drei wesentlichen Bereiche *underlying assumptions* (Grundannahmen), *qualitative characteristics* (qualitative Anforderungen) sowie *constraints on relevant and reliable information* (Beschränkungen für relevante und verlässliche Informationen), die dem Ziel des *true and fair view* untergeordnet sind.

Anders als in der deutschen Rechnungslegung spielt das Vorsichtsprinzip (*prudence*) eine eher untergeordnete Rolle. IAS 1.37 sagt dazu: "Vorsicht bedeutet, dass ein gewisses Maß an Sorgfalt bei der Ermessensausübung, die für die erforderlichen Schätzungen unter ungewissen Umständen erforderlich ist, einbezogen wird, so dass Vermögenswerte oder Erträge nicht zu hoch und Schulden oder Aufwendungen nicht zu niedrig angesetzt werden."<sup>30</sup> Wesentlich ist dementspre-

---

28 Vgl. Coenenberg/Haller/Schultze, 2009, S. 42

29 Vgl. Lüdenbach/Hoffmann, 2011, § 1 Rz 10 sowie: Pellens/Fülbier/Gassen, 2004, S. 13 Die weitere Untergliederung der Funktionen des Jahresabschlusses wird hierbei wie folgt vorgenommen:

\* Zahlungsbemessung → Gewinnverteilung (Mindestausschüttung [Gesellschafterschutz], Höchstausschüttung [Gläubigerschutz]), steuerliche Gewinnermittlung (Maßgeblichkeit für die Steuerbilanz)

\* Information → an Kapitalgeber (Rechenschaft, Dispositionshilfe für Investitionen), an Management und an Dritte

\* sonstige Rechtsfolgen → Haftungsbemessung, Verlustanzeigepflichten, sonstige Dokumentation

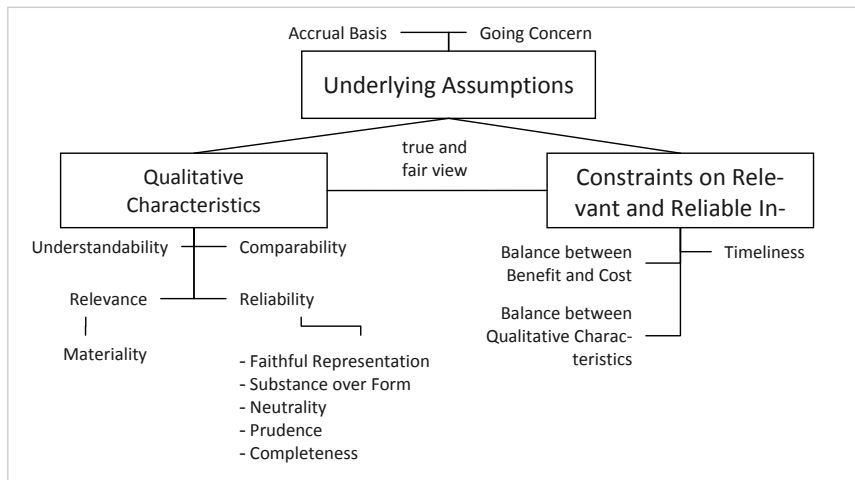
30 Wiley-VHC (Hrsg.), 2011, IAS 1.37

chend also, keine zu starken Bewertungseinflüsse einzubeziehen, um so dem Grundsatz der Neutralität weiterhin zu entsprechen und die Verlässlichkeit zu gewährleisten.<sup>31</sup>

Den in den IFRS wesentlichen Grundsatz im Rahmen der Rechnungslegung bildet die sogenannte *accrual basis* (Grundsatz der Periodenabgrenzung). Die Geschäftsvorfälle werden in genau der Periode erfasst, in der sie anfallen und nicht erst dann, wenn ein Zahlungsmittelzu- oder -abfluss stattfindet; der Ausweis erfolgt damit auch in der Periode, der die Geschäftsvorfälle zuzurechnen sind.<sup>32</sup>

Auf Basis des Grundsatzes der Periodenabgrenzung und der Unternehmensfortführung (*going concern*) soll dem Hauptzweck des IFRS-Abschlusses, "[...] Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Veränderungen in der Vermögens- und Finanzlage eines Unternehmens [...]"<sup>33</sup>, Rechnung getragen werden.

Eine Darstellung der Rechnungslegungsgrundsätze nach IFRS zeigt zusammenfassend Abbildung 5.



**Abbildung 5: Den IFRS zugrunde liegende Rechnungslegungsgrundsätze<sup>34</sup>**

31 Vgl. Pellens/Fülbier/Gassen, 2004, S. 106

32 Vgl. Wiley-VHC (Hrsg.), 2011, IAS 1.22

33 Wiley-VHC (Hrsg.), 2011, IAS 1.12

34 Entnommen aus: Coenenberg/Haller/Schultze, 2009, S. 64



### *2.2.1.2. Annäherung des deutschen Handelsrechts an internationale Normen*

Insbesondere seit Mitte der 1980er Jahre wurden verstärkt Gesetze verabschiedet, welche die Einflüsse internationaler Rechnungslegungsvorschriften auf das deutsche Handelsrecht sukzessive ermöglichten. So wurde 1985 das BilRiLiG verabschiedet, das die vierte (Einzelabschluss-Richtlinie), siebte (Konzernabschluss-Richtlinie) und achte (Prüfer-Richtlinie) EG-Richtlinie in deutsches Recht umwandelte.<sup>35</sup> Diesem ersten Schritt folgte die immer stärkere, internationale Ausrichtung deutscher Unternehmen und bald auch die ersten Vorschriften zur Anwendung entweder der Regelungen nach IFRS oder US-GAAP, um sich z.B. am Neuen Markt der Deutschen Börse listen zu lassen.<sup>36</sup>

Mit dem KapAEG von 1998 wurde es deutschen Konzernmutterunternehmen erstmals erlaubt, für die Erstellung und Offenlegung ihres Konzernabschlusses zwischen deutschem Recht und internationalen Standards (IFRS oder US-GAAP) zu wählen.<sup>37</sup> Dies galt zunächst nur für börsennotierte Unternehmen, wurde aber 2004 auf kapitalmarktorientierte Unternehmen ausgeweitet.<sup>38</sup> Mit dem KonTraG von 1998 und dem TransPuG von 2002 erfolgte eine weitere Annäherung des deutschen Handelsrechts an internationale Rechnungslegungsvorschriften.<sup>39</sup> Das 2004 verabschiedete BilReG verankerte die Pflicht zur Aufstellung von Konzernabschlüssen für kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften und sonstige Rechtsformen, ebenso wie das Wahlrecht für Einzelabschlüsse und Konzernabschlüsse nicht kapitalmarktorientierter Kapitalgesellschaften und sonstiger Rechtsformen.<sup>40</sup> Der bis jetzt letzte große Schritt der Internationalisierung der deutschen Rechnungslegung folgte schließlich 2009 mit der Verabschiedung des BilMoG, dessen Hauptziele die "[...] Deregulierung (Entlastung der Unternehmen durch Erleichterungen bei der Rechnungslegung), Konservierung (Bewahrung der Prinzipien des deutschen Bilanzrechts, d. h. handelsrechtlicher Jahresabschluss als Grundlage der Ausschüttungsbemessung und Ausgangspunkt der steuerlichen Gewinnermittlung), Harmonisierung (Umsetzung von EG-Richtlinien – Abänderungs- und Ab-

---

35 Vgl. Böcking/Oser/Pfitzer/Pellens/Rüthers/Sellhorn, o.J.

36 Vgl. Pellens/Fülbier/Gassen, 2004, S. 47

37 Vgl. Pellens/Rüthers/Sellhorn, o.J.

38 Vgl. Pellens/Fülbier/Gassen, 2004, S. 47

39 Vgl. Pellens/Fülbier/Gassen, 2004, S. 48

40 Vgl. Pellens/Fülbier/Gassen, 2004, S. 49 f.

schlussprüferrichtlinie) sowie Internationalisierung (Schaffung einer dauerhaften und kostengünstigeren Alternative zu den IFRS)."<sup>41</sup> waren.

Auf Basis eben dieser Gesetze wurde es in den letzten Jahren möglich, den Jahresabschluss in Deutschland nicht nur nach den Regelungen des HGB, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch nach IFRS aufzustellen.

Insbesondere in der Konzernrechnungslegung wurde ab 2005 der IFRS-Abschluss relevant: Für kapitalmarktorientierte Unternehmen als Pflicht, für nicht-kapitalmarktorientierte Unternehmen als Wahlrecht. Im Rahmen des Einzelabschlusses besteht nach § 325 Abs. 2a HGB die Möglichkeit, zu Offenlegungszwecken nach IFRS zu bilanzieren.

## *2.2.2. Besonderheiten des IAS 11 im Vergleich zum HGB*

### *2.2.2.1. Regelungen im Rahmen der Langfristfertigung*

Da das deutsche Recht, wie bereits in Abschnitt 2.2.1.1 dargestellt, auf allgemeinen Regelungen fußt, kann für die Bilanzierung langfristiger Fertigungsaufträge entsprechend der § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB (1. HS: Vorsichtsprinzip; 2. HS: Realisationsprinzip) als gesetzliche Grundlage angesehen werden. Somit sind Aufwendungen sofort auszuweisen, wenn sie anfallen und Erträge erst dann, wenn sie tatsächlich realisiert wurden.

Anders als nach deutschem Handelsrecht findet sich in der internationalen Rechnungslegung eine genaue Auseinandersetzung mit der Besonderheit der langfristigen Fertigung, also mit der Herstellung von Waren und Gütern, die über eine Berichtsperiode hinaus geht. Diese Bestimmungen finden sich im IAS 11 *Construction Contracts* (dt.: Fertigungsaufträge).<sup>42</sup>

Im Rahmen dieses Standards wird auch festgelegt, welche Arten von Aufträgen unter die Bestimmungen des IAS 11 fallen. So werden Fertigungsaufträge als solche definiert, die Verträge der "[...] kundenspezifische[n] Fertigung einzelner Ge-

---

41 Lorson/Melcher/Zündorf, 2010, S. 245

42 Frühestens mit dem 01.01.15 soll für alle darauf folgenden Geschäftsjahre der IAS 11 voraussichtlich durch einen neuen IFRS-Standard "Revenue from Contracts with Customers" abgelöst werden. Ebenfalls abgelöst wird der Standard IAS 18 (*Revenue*), der die allgemeine Thematik der Umsatzrealisierung beleuchtet. Dazu vgl. Abschnitt 4: Ausblick auf den neuen IFRS-Standard "Revenue from Contracts with Customers"

Gewinnrealisierung im deutschen Schiffbau  
Herausforderungen der Langfristfertigung in der  
internationalen Bilanzierung

Stebner, E.

2014, XVII, 118 S. 30 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-04556-2